

EU-Kommissar will Bayerns Bauern benachteiligen

Kreisrat Pius Abenthum zum Thema Subventionen

Bayerns Bauern sollen bis zu einem Drittel weniger EU-Subventionen bekommen – und das, obwohl der Freistaat ganz erheblich zum Budget der Europäischen Union beiträgt. Landwirtschaftskommissar Dacian Ciolos will stattdessen die Subventionen verstärkt nach Südosteuropa verlagern.

Pius Abenthum, Kreisrat der Bayernpartei in Landsberg und selbst Landwirt: „Es ist natürlich verständlich, dass ein rumänischer EU-Kommissar zuerst an seine Landsleute denkt. Aber man sollte schon auch berücksichtigen, wo das Geld der Europäischen Union herkommt. Wenn die einen Länder nur bezahlen sollen und die anderen nur unterstützt werden, dann ist das bei aller Solidarität ein Ungleichgewicht. Da verwundert es auch nicht, wenn die Bürger mit der EU hauptsächlich Negatives verbinden.“

Das Argument, dass die Subventionen pro Hektar für bayerische Landwirte fünfmal so hoch seien wie bspw. für bulgarische, sei vorgeschoben. „Beide Märkte kann man natürlich überhaupt nicht miteinander vergleichen. In Osteuropa sind die Erträge deutlich geringer, dafür hat der Westen viel höhere Löhne und sonstige Kosten. Wer ganz Europa gleich behandeln will, steuert effektiv auch auf gleiche Lebensstandards zu – und in dieser Frage sollten wir uns Rumänien nicht unbedingt als Vorbild nehmen.“

Auch die weiteren Pläne, Prämien für Klimaschutz, Begrünungsmaßnahmen, Biodiversität, Fruchtwechsel oder Flächenstilllegung zu zahlen, sind aus Sicht der Bayernpartei ein Schritt in die falsche Richtung. Dies bedeute mehr Bürokratie, weniger unternehmerische Freiheit und vor allem ein weiteres Eindringen von Ideologie in die Wirtschaft: „Die EU orientiert sich immer mehr an den DDR-LPGs, die von vorn bis hinten politisch gesteuert wurden. Die Bauern bekommen mittlerweile ihr Geld dafür, dass sie ihre Produkte verschleudern oder gar vernichten. Die Verbraucher freuen sich über niedrige Preise, zahlen dafür aber ihre Steuern für EU-Subventionen.“

Die Bayernpartei will stattdessen einen transparenten Markt, auf dem sich realistische und angemessene Preise entwickeln. Auch eine stärkere Förderung der Selbstvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wäre ein Schritt in die richtige Richtung.